

info

Studenten
beratung

Nr. 2

Archiv: III, 12.1977

INFO STUDENTENBERATUNG Nr. 2

INHALT

Editorial	Seite 2
Protokoll der Tagung vom 24.-26. Februar 1977 in Bochum	Seite 3
Rückblick auf Info 1	Seite 9
Jürgen Dieker Zur Geschichte der Arbeitsgemein- schaft der Studentenberater der Bundesrepublik und Berlin (West)	Seite 10
Planungspapiere/Veröffent- lichungen	Seite 19
Nachrichten	Seite 20
Fragebogen	Seite 22
Bestellformular	Seite 28

Herausgegeben vom Zentralen Büro für Studienberatung (ZBS) der Hochschulen der Freien Hansestadt Bremen und der Psychologisch-therapeutischen Beratungsstelle (PTB) des Sozialwerks für die Mitglieder der Hochschulen der Freien Hansestadt Bremen in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft der Studentenberater in der Bundesrepublik und Berlin (West).

Redaktionsanschrift: Universität Bremen – Zentrales Büro für Studienberatung – Postfach 330 440, 2800 Bremen 33

Redaktion: Christiane Palm, Gerhard Zacharias

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wieder einige Seiten bedrucktes Papier mehr kommt mit diesem Info auf Euren Schreibtisch. Dennoch hoffen wir - die Redaktion - auf Euer Interesse. Bislang gab es kaum ein Forum, wo Studentenberater unterschiedlicher Beratungsstellen und Ausbildung ihre Interessen formulieren und mit anderen diskutieren konnten. Die Tagungen der Arbeitsgemeinschaft, die den Anstoß zur Herausgabe dieses Infos gegeben hat (vergl. Protokoll der Tagung in Bochum in diesem Heft), waren ein erster Anfang. Dieser Ansatz soll organisatorisch verstärkt und auf breiterer Basis fortgeführt werden. Dabei hat das Info zweierlei Funktion: einerseits der Verdichtung des Informationsflusses zwischen den Beratungsstellen zu dienen, andererseits Reader zur Vorbereitung der Fortbildungstagungen der Arbeitsgemeinschaft zu sein. Beides ist nur durch eure aktive Mitarbeit und Mithilfe möglich. Nur wenn ihr uns mitteilt, was bei euch vorgeht, welche Themen euch beschäftigen, können wir darauf eingehen. Nicht zuletzt sollte diese Form (Info und Tagungen) auch die Möglichkeit bieten, jene kurzatmigen Verwertungsinteressen zu diskutieren und zu hinterfragen, die die Diskussionen um Studien- und Studentenberatung zu bestimmen drohen. Alle Sachdebatten um wichtige Detailprobleme werden daher den Aspekt, welches - auch bildungspolitisch ausgewiesene - Beratungsverständnis dabei im Hintergrund steht, nicht außer Acht lassen dürfen.

Einige technische Einzelheiten seien noch angemerkt: beabsichtigt ist, etwa alle Vierteljahr ein Info herauszugeben. Die Beiträge sollten reproduktionsfähig an die Redaktionsanschrift (siehe Impressum) gesandt werden. Über Leserbriefe oder sonstige Reaktionen positiver oder solidarisch-kritischer Art würden wir in Jubel ausbrechen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben wie üblich die Meinung des Verfassers wieder.

Das war's dann zunächst, tschüs sagt

DIE REDAKTION

ARBEITSGEMEINSCHAFT DER STUDENTENBERATER IN DER BUNDESREPUBLIK
DEUTSCHLAND UND BERLIN (WEST)

PROTOKOLL DER TAGUNG VOM 24. BIS 26. FEBRUAR 1977
IN DER RUHRUNIVERSITÄT BOCHUM

Donnerstag, den 24. Februar 1977

Um 14.30 Uhr werden die Tagungsteilnehmer von einem Vertreter des Gastgebers, des Studienbüros Bochum, begrüßt.

Es schließt sich die Vorstellung der Teilnehmer (Mitarbeiter und Studienberatungsstellen und von Psychotherapeutischen Beratungsstellen) an. Dabei stellt sich heraus, daß viele Kollegen kaum etwas über den Veranstalter dieser Tagung wußten. Auf dringenden Wunsch wird deshalb ein kurzer Abriss über den bisherigen Werdegang der AG Studentenberater gegeben. Dabei wird deutlich, daß bis zum Beginn dieser Tagung noch kein endgültiges Konzept über Aufgaben und Selbstverständnis dieser AG vorliegt.

Eine vorläufige Tagesordnung, die von der ursprünglichen Planung abweicht, wird beschlossen. Am Donnerstagnachmittag soll zunächst noch aus den Beratungsstellen (nach Wunsch) berichtet werden, um dann zu einer Diskussion über die Organisation und das Selbstverständnis der AG überzugehen.

Berichte aus den Beratungsstellen

1. Die Bremer Kollegen berichten von einem Entwurf des Bremer Hochschulgesetzes, das einen Passus zur Studienberatung (§ 45) mit entsprechendem Kommentar beinhaltet. Dieses Gesetz wird als Manuskript verteilt. Das Zentrale Büro für Studienberatung wird auf alle Bremer Hochschulen ausgedehnt.
2. Die Bochumer Kollegen berichten von einer neuen Satzung des Studienbüros. Wichtige Punkte hierbei sind: Das Studienbüro wird zentrale Einrichtung, die bisherigen Arbeitsbereiche bleiben erhalten, alle Mitarbeiter haben feste Verträge.

Die Berufsberatung ist in das Studienbüro integriert, die Arbeitsberater sind auch an den Mitarbeiterbesprechungen beteiligt.

3. Die Kollegen von der Heidelberger ZSB berichten von einer Stellenreduktion der festangestellten wissenschaftlichen Hilfskräfte. Die Leiterstelle ist seit 1 1/2 Jahren nicht mehr besetzt. Psychologen werden in der Heidelberger ZSB nicht mehr angestellt. Im Kultusministerium hat sich ein Zuständigkeitswechsel ergeben. Die ZSB gehört nicht mehr zum Referat "soziale Angelegenheiten", sondern zum Bereich "Studienangelegenheiten".
4. Im Karlsruher BIZ stellt sich die Frage, ob der Modellversuch verlängert wird.
5. Die Kollegen aus Saarbrücken berichten, daß Mitte des Jahres mit der letzten Bewilligung der Modellversuchsphase zu rechnen sei. Hiermit stellt sich auch dort die Frage, wieviele Stellen erhalten bleiben können. Sehr wahrscheinlich ist, daß es nicht alle Stellen erhalten bleiben.

Anschließend Pause mit Kaffee und Kuchen.

Organisation der AG

Es wird ausführlich diskutiert, wie ein Konzept einer zukünftigen AG auszusehen hätte. Dabei wird sehr schnell Einigkeit darüber erzielt, daß die AG sowohl für Studentenberater, die stärker psychologisch oder psychologisch/therapeutisch orientiert sind, als auch für Berater mit anderen Schwerpunkten offen ist. Es herrscht weiterhin Einigkeit darüber, daß sich die AG vor allem um Tagungen bemühen soll, die Fortbildungsangebote für einen breiteren Kreis von Mitarbeitern machen. Auf diesem breiten Konsens wird beschlossen, am nächsten Tag eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die sich mit der konkreten Ausgestaltung der weiteren Organisation beschäftigen soll.

Freitag, den 25. Februar 1977

Es werden zwei Arbeitsgruppen gebildet mit den Themen "Studieneingangsberatung / Einsatz von Multiplikatoren" und "Organisation der Arbeitsgemeinschaft". Beide Arbeitsgruppen tragen Ergebnisse in zwei Plenarsitzungen vor. In einer der Plenarsitzungen wird ferner über die HIS-Tagung vom Dezember 1976 und die Tagung der Modellversuche vom Januar 1977 berichtet.

Arbeitsgruppe "Studieneingangsberatung / Einsatz von Multiplikatoren"

Die Arbeit der Arbeitsgruppe "Studieneingangsberatung / Einsatz von Multiplikatoren" ergibt einen anregenden Informationsaustausch, begünstigt durch die Teilnahme von Beratern verschiedenartiger Einrichtungen.

Arbeitsgruppe "Organisation der Arbeitsgemeinschaft"

Die Arbeit der Arbeitsgruppe "Organisation der Arbeitsgemeinschaft" erbringt Empfehlungen, die vom Plenum diskutiert und verabschiedet werden.

Dabei handelt es sich im wesentlichen um zwei Entscheidungen:

- 1. Herausgabe eines vierteljährlich erscheinenden Infos und
- 2. mittelfristige inhaltliche Planung der Tagungen.

Die Arbeitsgemeinschaft hat sich entschieden, zunächst keine Institutionalisierung etwa in Form eines eingetragenen Vereins vorzusehen, sondern die Kontinuität der Zusammenarbeit über das Info zu erreichen.

Zu 1.:

Das Info soll als Forum für die Studentenberater dienen. Neben den Papieren, die auf die nächste Tagung vorbereiten, soll es Nachrichten aus den einzelnen Beratungsstellen (offene Stellen, Hinweise auf Papiere etc.) sowie Nachrichten aus der Bildungsverwaltung (Trends, Erlasse etc.) enthalten. In jeder Beratungsstelle soll ein Mitarbeiter verantwortlich sein für die Sammlung und Weitergabe dieser Nachrichten an die Redaktion. Vorlagen sollen reproduktionsfähig sein (gutes, schwarzes Farbband; weißes Papier).

Der Titel lautet: "Info Studentenberatung", herausgegeben vom ZSB und der PTB Bremen in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft der Studentenberater in der BRD und Berlin (West).

Redaktion und Geschäftsstelle sind zunächst einmal in Bremen ansässig beim Zentralen Büro für Studienberatung. Hier wird auch die Adressenliste der Infobezieher geführt.

Das nächste Info (Nr. 2) soll folgende Punkte enthalten: Editorial (Zacharias), Fragebogen an Studentenberatungsstellen (Fuhrmann), Geschichte der Arbeitsgemeinschaft (Dieker), Beschlüsse der Bochumer Tagung (Heinrichs/Rietbrock/schott), Richtigstellung zu Info Nr. 1 (Palm), Nachrichten (aus allen Beratungsstellen), Abonnentenaufruf (Palm).

Redaktionsschluß für Info Nr. 2 ist der 9. Mai 1977. Der Versand erfolgt im Juni zunächst an alle Studentenberatungsstellen. Danach wird das Info an die Stellen, die positiv auf den Abonnentenaufruf reagiert haben, versandt.

Redaktionsschluß für Info Nr. 3 ist der 31. August 1977. In diesem Info sollen die vorbereitenden Papiere für die Tagung in Tübingen, die vom 22. bis 24. September 1977 stattfindet, enthalten sein.

Zu 2.

Während für die organisatorische Vorbereitung der Tagungen wie bisher die örtliche Beratungsstelle zuständig sein wird, soll die inhaltliche Vorbereitung von mehreren Beratungsstellen getragen werden.

Für die Tagung in Tübingen wird vereinbart, daß drei workshops eingerichtet werden. Die Moderatoren dieser workshops erfragen, wer Beiträge liefern wird und skizzieren Inhalt und Methoden der Veranstaltung im Info Nr. 3.

Die Themen der workshops für die nächste Tagung sind nach ausführlicher Diskussion einer Themensammlung für die nächste Tagung festgelegt worden:

1. Lern- und Arbeitstechniken, Moderator:
Herr Jürgen Dieker (ZSB Heidelberg, 6900 Heidelberg, Friedrich-Ebert-Anlage 27, Telefon: 0621/542307)

2. Kooperation mit der Studienfachberatung, Moderator:
Herr Heinz-Jürgen Beyer (Büro für Studienberatung der Universität des Saarlandes, 6600 Saarbrücken, Im Stadtwald, Telefon: 0681/302 26 54)
3. Supervision, Reflexion der eigenen Arbeit, Moderator:
Herr Dieter Styra (Studienorientierungsprojekt der Philipps-Universität Marburg, 3550 Marburg, Biegenstr. 22, Telefon: 06421/28 51 34).

Für die übernächste Tagung haben sich für das Thema "Tutorentraining" Heß und Peters bereits als Moderatoren angeboten. Weitere Themen der Sammlung sind: Einheitliches Statistik- und Erhebungssystem der Studentenberatungsstellen, Stellung der psychologisch-psychotherapeutischen Beratung in der Studienberatung, Studieneingangsberatung, Institutionenberatung im prophylaktischen Sinne als Aufgabe der Studentenberater, psychologisch-psychotherapeutische Beratung in studentischen Gruppen, Prophylaxe im sozialen Umfeld von Studenten. Es ist vorgesehen, die Themen der übernächsten Tagung aus diesem Katalog auszuwählen.

Samstag, den 26. Februar 1977

Die Arbeitsgemeinschaft diskutierte die Frage der Hochschulzulassungstests und verabschiedete dazu die folgende Resolution:

"In Anbetracht der beabsichtigten Einführung von Hochschulzulassungstests verabschiedete das Plenum der in Bochum tagenden Arbeitsgemeinschaft der Studentenberater in der Bundesrepublik und Berlin (West) die folgende Erklärung:

Die Bedenken des Berufsverbandes Deutscher Psychologen aufgreifend und in Übereinstimmung mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft halten wir die Einführung von Hochschulzulassungstests in mehrfacher Hinsicht für verhängnisvoll.

Nach einhelliger Ansicht der Experten und auch derjenigen Psychologen, die die Tests selbst ausarbeiten bzw. ausgearbeitet haben, ist ihr Prognosewert ausgesprochen gering.

Er liegt sogar noch unter dem der Abiturnoten, deren mangelnde Aussagekraft inzwischen in vielfachen Untersuchungen erwiesen wurde. Auch die Kombination beider Verfahren bringt nur eine maximale Vorhersagegenauigkeit der Studienfähigkeit von bis zu 20 %.

Die beabsichtigten Testverfahren erheben den Anspruch, eine Prognose hinsichtlich der Studierfähigkeit zu erlauben. Dabei wird weder die Berufsbefähigung berücksichtigt, noch kann die Dimension der individuellen Entwicklungsmöglichkeiten einbezogen werden.

Das derart unzulängliche Instrument Test birgt darüber hinaus eine Reihe von Gefahren, auf die ausdrücklich hinzuweisen ist:

- bei einer beabsichtigten Koppelung mit den Abiturnoten schneidet der Test einer großen Gruppe von prinzipiell Studienberechtigten und -befähigten aufgrund der vorgegebenen hohen Selektionsquote jeglichen Zugang zum Studium ihrer Wahl für immer ab. Dies ist vom Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 8. Februar 1977 als verfassungsrechtlich unzulässig bezeichnet worden;
- es ist aufgrund der mit dem bisherigen Auswahlverfahren gemachten Erfahrungen zu erwarten, daß die Einführung der Tests Rückwirkungen auf die Schule hat, die mit dem Schlagwort "Testverhalten üben" bezeichnet werden kann. Dies würde den eigenständigen Bildungsauftrag der Schule weiter disqualifizieren und ein zweifelhaftes Sozialverhalten fördern;
- der Öffentlichkeit wird schließlich unter dem Deckmantel der Wissenschaftlichkeit ein Instrument verkauft, das einerseits nicht in der Lage ist, eine Auswahl nach "objektiv sachgerechten und individuell zumutbaren Kriterien" (Forderung des Bundesverfassungsgerichts) zu leisten, andererseits die Gefahr in sich birgt, als ständige Regelung das Politikum zu verschleiern, daß nicht alle Bewerber ihren Anspruch auf einen Studienplatz realisieren können. Die vorrangige Forderung nach einer Beseitigung des Numerus clausus durch Schaffung zusätzlicher Studienplätze wird so aus dem Bewußtsein der Öffentlichkeit verdrängt.

Vordringliches Ziel muß es daher sein, die Zahl der Studienplätze durch kurzfristige Maßnahmen (Überlastquoten bei gleichzeitiger angemessener Erhöhung der personellen Kapazitäten) auszuweiten, um allen Studienberechtigten eine Hochschulausbildung zu ermöglichen.

Einmütig bei einer Enthaltung vom Plenum am 26. Februar 1977 angenommen".

Hinweis der Redaktion:

Das vorliegende Protokoll wird - wie üblich und falls nötig - erst auf der nächsten Tagung diskutiert.

Rückblick auf Info 1

Unser erstes Info hat einige Entrüstung hervorgerufen und deshalb scheinen zur Klärung zusätzliche Hinweise vonnöten:

Dem im Info 1 veröffentlichten Protokoll der Tagung vom 30. 9. bis 2. 10. 1976 in Bremen fehlte der Vermerk, daß es sich um ein nicht genehmigtes Gedächtnisprotokoll handelte, das zur Lektüre, Stellungnahme und Korrektur für die Teilnehmer vervielfältigt wurde. Wenn dort tatsächlich unrichtige Aussagen enthalten sind, bitten wir, dieses mit Nachsicht zu entschuldigen.

Wir bitten die Kollegen der einzelnen Beratungsstellen, das Info in Zukunft für die Darstellung und Diskussion eigener Meinungen als Forum zu benutzen. In diesem Sinne ist auch der Beitrag von Jürgen Dieker im Info 1 zur Geschichte der ARGE zu sehen; leider fehlte da die namentliche Kennzeichnung, so daß der Artikel wie eine Stellungnahme der gesamten Arbeitsgemeinschaft wirken mußte.

Wir hoffen, mit dem Info 2 solche Fehltritte bei den ersten Schritten bereits vermieden zu haben.

Jürgen Dieker

Zur Geschichte der Arbeitsgemeinschaft der Studentenberater der Bundesrepublik und West-Berlin

Beim letzten Treffen der AG in Bremen im Oktober 1976 ergab sich aus verschiedenen Gründen die Notwendigkeit, die Anmerkungen von Christiane Palm im Info der AG Nr. 1 zur Geschichte der Arbeitsgemeinschaft zu ergänzen.

Die Psychotherapeutische Beratungsstelle der Universität Frankfurt organisierte in Zusammenarbeit mit den Beratungsstellen Bochum und Hamburg vom 6. - 7.10.1972 in Frankfurt eine Tagung für Mitarbeiter von Psychotherapeutischen Beratungsstellen. Die in Frankfurt versammelten Teilnehmer beschlossen am 7.10.1972 die Gründung einer "Arbeitsgemeinschaft der Studentenberater an Hochschulen" (später: Arbeitsgemeinschaft der Studentenberater der BRD und West-Berlin).

Ein gewählter Gründungsausschuß erarbeitete in der Folgezeit anhand der auf diesem Treffen diskutierten Interessen eine Satzung, in der u.a. Zielsatzung der Gemeinschaft, Sektionsarbeit, Öffentlichkeitsarbeit usw. geregelt wurden. In diesem Ausschuß haben namentlich benannte Mitarbeiter aus den Beratungsstellen Bielefeld, Heidelberg, Hamburg, Frankfurt, Darmstadt, Freiburg, Bochum und Erlangen mitgearbeitet. Aus dieser Zeit (Ende 1972 bis Mitte 1973) stammen neben der Satzung verschiedene Aufgabenkataloge für die AG, Pressenotizen, eine Resolution an die KMK, Protokolle, diverse Tischvorlagen und Briefwechsel. Insgesamt waren auf dieser ersten Tagung zwischen 40 und 60 Teilnehmer einschließlich Gästen und Pressevertretern anwesend.

Die Tagung und die sich anschließenden Aktivitäten und weiteren Tagungen waren motiviert vom Wunsch nach mehr Zusammenarbeit und Erfahrungsaustausch sowie dem Bemühen, die Lage der Studenten zu verbessern und der Befürchtung, daß die psychologische sowie die psychotherapeutische Beratung nicht weiter gefördert oder gar aufgehoben bzw. an die Kliniken angegliedert werden. Das Schicksal der Beratungsstellen in Frankfurt, Köln und Marburg sowie Entwicklungen an anderen Beratungsstellen und in der Gesetzgebung (Hochschulrahmengesetz, Hochschulgesetz der Länder, KMK-Empfehlungen zur Beratung in Schule und Hochschule) bestätigen die damaligen

Befürchtungen. Es ist seitens vieler Hochschulleitungen als auch vor allem der Kultusministerien der Länder klar das Bestreben angemeldet, reine Studienberatungs-Stellen als eigene Institution neben Psychotherapeutischen Beratungsstellen zu entwickeln und dabei Studienberatungs-Stellen einen eindeutigen Vorrang zu gewähren. Aus dem KMK-Empfehlungen sowie fast sämtlichen Gesetz-Entwürfen ist die Psychotherapie und die psychologische Beratung praktisch ausgeschlossen. Damit müssen alle Probleme und Fragestellungen von Schülern und Klienten, die nicht rein sachliche sind, in einer Krankeninstitution bearbeitet werden, und da diese in der Regel dafür nicht zuständig sind, fallen sie unter den Tisch, sofern die Stellen nicht ein integriertes Angebot wie etwa in Karlsruhe und Heidelberg haben.

Die hiermit zusammenhängenden Probleme haben die Entwicklung der Arbeitsgemeinschaft weitgehend bestimmt.

Schon von Anfang an bestand die Tendenz, fachlich bestimmte Sektionen zu bilden. Neben der Trennung in Studienberater (Fachberater) sowie Psychotherapeuten wurde auch die Trennung in Studienberater plus psychologische Berater auf der einen und meist analytisch arbeitende Psychotherapeuten auf der anderen Seite diskutiert. Letztere befürchteten zusätzlich zu fachlichen Einwänden gegen andere als analytische Angehensweisen u.a., daß durch die Nähe der psychologischen Studienberatung zur Studienberatung überhaupt langsam aber sicher das psychologische und therapeutische Angebot aufgelöst wird und die Psychologen sich zunehmend mehr zur Studienberatung drängen lassen, die damals in einer oft sehr emotionalen Atmosphäre als technokratische Machenschaft der Kultusministerien interpretiert wurde. Das erschwerte natürlich das Gespräch mit Studienberatern, die zwar diese Möglichkeit sahen, sich aber keineswegs unter solche Bestrebungen untergeordnet sehen wollten. Es erschwerte weiter das Gespräch zwischen Psychologen und Psychotherapeuten, da viele Psychologen klar erkannten, daß in einer Zentralen Studentenberatung Studienberatung und psychologische Beratung gleichberechtigt, gleichgültig in welcher Organisationsform zusammenarbeiten müßten, wobei psychologische Beratung lediglich Überschneidungsbereiche mit der Therapie hat aber nicht mit ihr identisch ist, wie sie auch Überschneidungsbereiche mit der

Studienberatung hat ohne mit ihr identisch zu sein. Es ging also nicht nur um die Frage, wie Berater mit so unterschiedlichen Schwerpunkten wie der "Psychoanalytiker" Morgenstern und der "Studienberater" Wagner sinnvoll in einer AG zusammenarbeiten könnten, sondern auch darum, ob wohl in Zukunft mehr der Studienberatungs-Bereich oder der psychologische Beratungs-Bereich ausgebaut werden würde. Damit war auch die Wurzel für Rivalitäten und die Ausdehnung der eigenen Arbeitsgebiete und der eigenen für richtig erkannten Ansichten gelegt.

Bedingt durch die Geschichte der Arbeitsgemeinschaft verblieben in der AG im Laufe der Jahre bei extremer Schwankung der Teilnehmerzahl und extrem mangelnder Kontinuität der Teilnahme vorwiegend Psychologen und Therapeuten, die weder ausschließlich Studienberatung noch Psychotherapie betrieben, sondern entweder beide Bereiche unbesehen möglicher Konkurrenz beim Ausbau akzeptierten oder in beiden arbeiteten, bzw. ein komplexes Angebot bei gleichzeitiger Berücksichtigung persönlicher und studienbezogener Dimensionen machten. (Tübingen, Heidelberg, Bochum, Bremen, Bielefeld u.a.). Die fachlichen und interessenbedingten Konflikte brachen in allen Jahren immer in ähnlicher Weise auf, wenn neue Teilnehmer aus der Studienberatung, Psychotherapie oder psychologischen Beratung an den Zentralen Beratungsstellen dazu stießen. Rückblickend kann man sagen, daß aufgrund der Tatsachen, daß vorwiegend Mitarbeiter mit psychologischer Grundausbildung in der AG gearbeitet haben deren Ansichten und Interessen natürlich den breitesten Raum eingenommen haben.

Hingegen wurden studienspezifische Fragen so gut wie gar nicht diskutiert wie: Zusammenstellung, Organisation des Informationssektors, Erstellung von erforderlichen Verweisungswissen (Zuständigkeiten, wer bietet was an), fachspezifische Arbeitsformen und Probleme, Arbeitsteilung von Psychologen und Studienberatern wo beide zusammenarbeiten, Förderung und Zulassungsfragen. Berater mit solchen Interessen haben ihre Themen eher auf den HIS-Tagungen ansprechen können, auf Landesebene (Baden-Württemberg z.B. Zusammenarbeit zwischen Kultusministerium und Beratungsstellen)

oder bei spezialisierteren Gruppen wie Treffen der Modellversuche, der Berufsberater (Fulda 1973 und weitere Treffen).

In dem Maße, als die Berater bei der inhaltlichen Planung und Gestaltung ihrer Beratungsstelle mitwirken konnten, spiegelten die Diskussionen natürlich den Wunsch wider, die eigene Arbeit und die eigenen Ansichten zu erhalten und zu legitimieren. Abweichende Ansichten und Tätigkeiten waren nicht nur einfach abweichende, sondern in gewisser Weise auch den eigenen Bereich bedrohende, falls sie zur allgemeinen Entwicklung führen würden. Eine Befürchtung, die z.B. die Psychologen hatten, die zwar die Notwendigkeit von Information und Beratung im sachlichen Bereich genauso einsahen wie im persönlichen, aber - wie die Erfahrung gezeigt hat - annehmen mußten, daß die Unterstützung der Studienberatung zur Liquidierung der eigenen Arbeitsbereiche beitragen wird. Die meisten Psychologen in den allgemeinen Beratungsstellen werden wohl auch der Ansicht sein, daß dort nicht Therapie in den Bereichen und der Weise stattfinden kann und soll wie in der Klinik sowie in den Psychotherapeutischen Beratungsstellen, falls es sie überhaupt gibt. Sie bildeten für den alternativen Arbeitsbereich das Schlagwort "psycho-soziale Beratung", das in gleicher Weise ein Zwischending zwischen Therapie und Studienberatung sein sollte wie die Studienberatung ein Zwischending zwischen persönlicher und reiner Fachberatung sein sollte. Es wird eine Aufgabe der nächsten Zeit sein, an konkreten Beispielen und Darstellungen diskussionsfähiger zu machen, wo und wie Tätigkeitsbereiche abgegrenzt werden sollen. Als Zusatz kann noch erwähnt werden, daß die insgesamt selten auf den Tagungen auftretenden Studienberater ihrerseits vor der Wahl oder auch im Druck standen, sich mehr der reinen Erarbeitung von sachlichen Informationen bis hin zu Verwaltungsaufgaben zu widmen, oder aber dies anderen Fachleuten zu überlassen und unter Einbezug derer Kompetenzen Beratung zu praktizieren. Konkret hieß das etwa für Heidelberg: (Studiengangsbeschreibungen, Sammlung von Informationen usw. wird traditionsgemäß von der Verwaltung und der Presseabteilung in Zusammenarbeit mit den Fachbereichen und dem Kultusministerium erarbeitet. Würde die Beratungsstelle diese Arbeiten übernehmen, müßten sie ihr Beratungsangebot (gleichgültig ob mehr personen- oder sachorientiert) einschränken und mehr Informations- und Verwaltungstätigkeit machen. Es ist

keine zufällige Unsitte, daß selbst die Auskunft sowie Gespräche im Zusammenhang mit der Erledigung von Verwaltungsakten bei vielen Beratern bereits als Beratung gilt.

Für alle als Berater eingestellten Mitarbeiter und vermehrt die mit psychologischer und pädagogischer Grundausbildung würde so der Arbeitsplatz natürlich erheblich an Attraktivität einbüßen. Ähnlich dürfte es jemandem gehen, der sich auf Auskünfte zu sachlichen Fragen spezialisiert hat und mit der Anforderung konfrontiert wird, mit komplexen Problemen als Berater umzugehen, der bei der Realisierung der besprochenen Strategien helfen können muß.

Die vielfältigen Diskussionen auf den Beratertreffen der AG, der HIS GmbH und anderer haben jedoch bei allen Differenzen und Konflikten immer wieder einen beträchtlichen Pool an Gemeinsamkeiten gezeigt, der auf den einfachen Nenner zu bringen ist, daß Information, Beratung und Therapie im Interesse des Ratsuchenden als ein Angebot (und nicht als Forderung) dergestalt zu verstehen ist, daß der Schüler und Student mittels der erhaltenen Information, Beratung oder Therapie das grundgesetzlich gesicherte Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit und hier insbesondere auf Nutzung der Bildungsangebote im Hochschulbereich nutzen kann. Es wurde zwar stets anerkannt, daß seitens der Hochschulen und der Kultusministerien gezielte Interessen bestehen, auf Schüler und Studenten bei der Durchsetzung bildungspolitischer Ziele wie Effektivierung des Studiums und Durchsetzen der NC-Bestimmungen einzuwirken. Jedoch hat wohl kaum einer der Berater gewagt, entsprechende Ziele auf seine Fahnen zu schreiben. Er mußte befürchten, daß die Schüler und Kommilitonen sich wiederum einer Institution gegenüber sehen, die etwas mit oder an ihnen durchsetzen will. Niemand hat die Mitarbeiter des Arbeitsamtes um ihren doppelten Auftrag (im Interesse des Ratsuchenden sowie unter Berücksichtigung wirtschaftlicher Belange) beneidet. Jeder erfahrene Berater weiß, daß die für eine wirksame Beratung, wie bereits für eine adäquate Information notwendige Offenheit des Ratsuchenden und Auskunftsuchenden in dem Maße abnimmt, wie er nicht das Gefühl und die Sicherheit haben kann, daß das Gespräch sich an ihm und seinen Wünschen orientiert. Daß absolute Vertraulichkeit zugesichert werden muß stand dabei ebenso außer Frage, wie daß wirksame Information, Beratung und Therapie nur mit Ein-

schränkung möglich ist wenn der Berater an Entscheidungen wie Zulassung, Beurlaubung, Gewährung von Förderung sowohl die Institution als auch den Klienten vertritt.

Diskrepanzen tauchten bei der Frage auf, in welchen Bereichen in welchem Umfang das Angebot bestehen soll.[†]

Weiter bestand durchgängige Übereinstimmung darüber, daß die Erfahrungen der Berater an die mit Planung und Organisation beschäftigten Stellen "rückgemeldet" werden müßten, um im präventiven Sinne Verbesserungen zu bewirken und die Informations-, Beratungs- und Therapienotwendigkeit zu reduzieren. Diskrepanzen bestanden naturgemäß bei der Einschätzung der eigenen Möglichkeiten sowie der dabei auftretenden inhaltlichen Aussagen. Z.B.: sollte man als Berater - beratend tätig in einer Studienreformkommission oder einem Ausschuß zur Revision einer Prüfungsordnung - eine obligatorische Fachstudienberatung vertreten oder nicht. Soll man auf kumulierte oder verteilte Prüfungen drängen?

Hier wird sicherlich entsprechend unterschiedlichen politischen oder fachlichen Ansichten ein breites Spektrum an Alternativen möglich sein, zumal die regionalen Unterschiede in den Studien- und übrigen Lebensvoraussetzungen an den einzelnen Hochschulen sowie den Wirkungsmöglichkeiten der Berater enorm sind. An diesem Thema waren bislang auch Berater aller Herkunft lebhaft interessiert.

Weitere Gemeinsamkeit bestand durchgängig darin, daß selbst bei erheblicher Arbeitsteilung gemeinsamer Erfahrungsaustausch stattfinden soll. Sei es, um die eigenen Zuständigkeiten auf dem Hintergrund der Kollegen besser einschätzen zu können, sei es, um die eigenen Möglichkeiten zu erweitern. Bisherige Erfahrungen haben gezeigt, daß die Qualität der Arbeit und das Betriebsklima dadurch beträchtlich verbessert werden kann. Schwierigkeiten scheint es neben persönlichen Konflikten der Mitarbeiter untereinander vor allem dadurch zu geben, daß es grundsätzlich auch ohne solchen Austausch geht und die Menge der Arbeit leicht dazu verführt, den Austausch schleifen zu lassen.

Eine beträchtliche Menge an gemeinsamen Interessen war im Bereich der rechtlichen Fragen, der Organisation der Beratung, der Kooperation festzustellen. Fragen wie Vertraulichkeit der Beratung, Anbindung der Stellen, und Formen und Erfahrungen der Zusammenarbeit insbesondere mit Fach- und Berufsberatung haben bei dem Erfahrungsaustausch sowie grundsätzlichen Erörterungen stets breiten Raum, unabhängig von der fachlichen Ausrichtung der Berater eingenommen.

Problem war dabei stets, daß den an der Diskussion Beteiligten nie so ganz klar war, wieviel Einfluß sie überhaupt auf diese Bereiche haben und inwieweit die Erfahrungen in einem Bereich - besonders wegen regionaler Verschiedenheiten - auf andere zu übertragen war.

Aus den vielen Gemeinsamkeiten entstand die Suche nach einer Verbesserung der Zusammenarbeit, entweder im Rahmen der AG oder irgendeiner anderen Form. Da seitens der meisten Psychologen und Therapeuten als auch der beteiligten Studienberater relativ geringes Standesinteresse bestand und die Gemeinsamkeit sich eher auf bildungspolitische Ziele bezog, wurde die Möglichkeit recht oft diskutiert, sich im Rahmen der Gewerkschaft als eigene Beratergruppe zu organisieren. Zu diesem Komplex liegen eine Reihe von Papieren und Erfahrungen vor. Regional finden Treffen zwischen Beratern verschiedener Herkunft statt. Die vielfältigen damit verbundenen Schwierigkeiten (Gruppengröße, politischer Standort der Gewerkschaften, ein gewisser Zwang, sich ständisch zu organisieren seitens der Gewerkschaft) haben zwar nicht dazu geführt, daß diese Versuche als gescheitert betrachtet wurden. Jedoch bestand wohl insgesamt die Vorstellung, daß die AG - auf breiterer Basis als bisher - ein besseres Forum werden kann, um die bisher geäußerten Themen zu bearbeiten.

Persönlich danke ich, daß, wie erwähnt, in der AG grundsätzlich große Schwierigkeiten bestanden haben und auch in Zukunft bestehen werden die Frage "Studienberatung" versus "psychologischer Beratung und Therapie" sachlich zu besprechen. Die einzige Möglichkeit dafür sehe ich dann, wenn die fachlichen und arbeitsplatzbezogenen Rivalitäten zwischen Studienberatern und Psychologen sowie Therapeuten um den Ausbau des einen oder anderen Bereichs offener Auseinandersetzung weichen. Dies könnte umso mehr möglich sein als sie ohnedies nur begrenzten Einfluß auf

die Entwicklung haben werden. Wenn verdeckte Rivalitäten bestehen, für die sich die Berater gegenseitig verantwortlich machen, ist es unwahrscheinlich, daß beide Beratergruppen sich wirklich im Interesse der Klienten und im Interesse der Verbesserung des gemeinsamen Beratungsangebots gegenseitig unterstützen werden. Die Schwierigkeit einer derartigen Diskussion hat vielfach dazu geführt, daß sie als heißes Eisen stets unter dem Tisch gelassen oder einfach ignoriert und abgestritten wird, daß diese Probleme bestehen. Spätestens aber bei Personalentscheidungen, Aufgabenzuweisungen, Fachaufsicht usw. wird aber deutlich, wessen Arbeitsbereich berührt wird und wessen nicht. Es sollte dann zwischen den Beratern klar sein wo ihre Position ist. Sie sollten offen machen können, für welche Zusammensetzung des Beratungsangebots sie sich einsetzen werden. Die Berater müssen unterscheiden können, wann sie tatsächlich selber Vertreter von Interessengegensätzen sind und wann sie lediglich Ergebnis der Interessenrealisierung anderer Stellen sind (der Kultusministerien, der Hochschulen).

Viele Berater haben inzwischen erkannt, daß Differenzen zwischen ihnen im fachlichen Bereich und den persönlichen Interessen nicht nur durch die Grenzen der eigenen Vorbildung und Erfahrungen bedingt sind, sondern vielfach auch durch die Institution und den Arbeitsplatz, sie also nicht persönlich dafür verantwortlich sind. Die Erfahrung hat gezeigt, daß bei offener Berücksichtigung dieser verschiedenen Ebenen trotzdem fruchtbare persönliche Kontakte und ausgezeichnete kollegiale Zusammenarbeit möglich sein kann. Andererseits war es auch möglich, fruchtlose und nutzlose Auseinandersetzungen zu beenden.

Aus diesen Erfahrungen heraus hat die AG auch beim letzten Treffen am Beschluß von 1972 festgehalten, keine Sektionierung als Grundlage der AG-Organisation einzuführen, sondern 1. die Tagungen thematisch so konkret zu gestalten, daß Berater mit ihren jeweiligen Interessen klar beurteilen können, was sie dort erwartet. Es wurde weiter bekräftigt 2. daß die AG sich schwerpunktmäßig auf den Bereich der Informations-, Beratungs- und Therapiearbeit beziehen will, der als Überschneidungsbereich zwischen den verschiedenen Beratern anzusprechen ist. Zusätzlich hierzu sollen dann spezialisierte Themen angeboten wer-

den (siehe Programm).

Es ist zu erwarten, daß die nächsten Tagung besonders wegen des kritischen Aufsehens, daß das Info Nr. 1 erzeugt hat, zahlreich besucht wird. Dies auch weiterhin wegen der Aussicht, daß die HIS-Beratertreffen auslaufen und ein zunehmendes Bedürfnis festzustellen ist, ein großes und repräsentatives Forum aller im Beratungsbereich Tätigen zu haben. Wahrscheinlich wird der Ruf nach ausführlichen Grundsatzdiskussionen über Organisation und Arbeitsprogramm der AG laut werden, es mithin möglich sein, daß sich eine beträchtliche Mehrheit für die Änderung der Tagesordnung einsetzen wird, um diese Frage ausführlich diskutieren zu können. Ich würde vorschlagen, daß diese Diskussion nur kurz geführt wird und dann entsprechend 1972 - nur jetzt auf breiterer Basis - ein Ausschuß gewählt wird, der diese Fragen für die nächste Tagung vorbereitet. Daß zum einen, um eine effektivere Diskussion zu ermöglichen (Papiere sollen im Info vorher versandt werden) und zum anderen, um die Vorbereitungsarbeit für die kommende Tagung nicht überflüssig zu machen und an der konkreten Arbeit zu prüfen, was in der AG möglich ist. Es ist zu hoffen, daß die AG, die den nicht ganz unabsichtlich provozierenden Titel "Arbeitsgemeinschaft der Studentenberater" trägt wirklich zu einer AG der Studentenberater wird, damit die Zersplitterung der Diskussion wie sie bislang bestand zum Nutzen der Ratsuchenden als der Berater aufhört. Der Ausdruck "Studentenberater" wurde schon stets als unglücklich empfunden, weil er Schüler nicht ausdrücklich mit einbezieht, obwohl sie stets mit gemeint sind, er war aber als ein Kompromiß zwischen Studienberatern und Psychotherapeuten zu sehen. Das vorliegende Info Nr. 2 soll zur Vereinheitlichung und Klärung der Diskussion ein Beitrag sein.

PLANUNGSPAPIERE / VERÖFFENTLICHUNGEN

Unter dieser Überschrift können von den einzelnen Beratungsstellen Hinweise auf Papiere und Veröffentlichungen gegeben werden, die für unsere Arbeit von Interesse sein könnten. Dabei ist es gleichgültig, ob die Papiere von den Beratungsstellen selbst verfertigt wurden oder z.B. aus Ministerien, Planungskommissionen o.ä. stammen. Nach Möglichkeit sollte bei Veröffentlichungen oder Papieren, die nicht im Buchhandel erhältlich sind, eine Bezugsquelle genannt werden.

Bund-Länder-Kommission schätzt Lehrerbedarf

Die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung hat zur Sitzung am 14. März 1977 eine Prognose des globalen, schularten- und des fächerspezifischen Lehrangebotes und Lehrerbedarfs bis zum Jahre 1985 vorgelegt. Die Prognose soll veröffentlicht werden. Sie liegt auch den jeweiligen Kultusministerien vor. Anfragen bei Beschaffungsschwierigkeiten an das Zentrale Büro für Studienberatung Bremen.

Psychologisches Fachgutachten zur Tauglichkeit von Testverfahren

Das im Anfang der GEW von den Ulmer Psychologen Dr. Erich Schott und Dr. Ulrike Schott verfaßte Fachgutachten zur Frage der Tauglichkeit von Testverfahren als Selektionsinstrumente der Hochschulzulassung ist noch in kleiner Anzahl beim Zentralen Büro für Studienberatung Bremen erhältlich. Das Gutachten lag dem Bundesverfassungsgericht bei seinem Numerus-clausus-Urteil vom Februar 1977 vor.

NACHRICHTEN

Unter dieser Überschrift können von den Beratungsstellen Hinweise auf ihre Arbeit und evtl. Veränderungen (z.B. von Rahmenbedingungen) gegeben werden. Die Redaktion denkt dabei insbesondere an: Erlaß, Veränderung oder Aufhebung von Satzungen oder rechtlichen Bestimmungen zur Studienberatung, Änderung von Organisationsformen, Neuaufnahme von Beratungsprogrammen usw.

Vereinbarung über Studienberatung in Bremen abgeschlossen

Die Universität Bremen und die sechs Fachhochschulen des Landes haben eine Vereinbarung über die Einrichtung eines gemeinsamen Büros für Studienberatung (ZBS) abgeschlossen, die auch die Genehmigung der zuständigen senatorischen Behörde fand. Die Laufzeit der Vereinbarung beträgt zunächst zwei Jahre. In dieser Zeit sollen drei wissenschaftliche Mitarbeiter als Studienberater für das Büro tätig werden, die Universität stellt darüber hinaus zwei Verwaltungskräfte ganztags und eine Verwaltungskraft halbtags zur Verfügung. Ob während der ersten zwei Jahre weitere personelle Verstärkungen möglich sind, ist noch nicht entschieden. Der Text der Vereinbarung ist diesem Info als Anlage beigelegt.

Weiterführung der HIS-Tagungen für Studienberater fraglich

Während der HIS-Fortbildungstagung "Planung und Organisation des Studiums" vom 5. April 1977 bis 7. April 1977 in Hannover wurde bekanntgegeben, daß nach dem jetzigen Stand der Diskussion eine Fortführung der Tagungen für Studienberater nicht beabsichtigt ist. Jochen Pohle (HIS-Tagungsleiter) wurde beauftragt, in Gesprächen mit HIS, AHD, WRK und KMK zu klären, ob nicht doch eine Weiterführung der Tagungen möglich ist. Ungeklärt blieb in dieser Diskussion allerdings, welche Zielsetzung und Funktion solche Tagungen in Zukunft haben sollen.

Bremen, Psychologisch-therapeutische Beratungsstelle, Sozialwerk

Seit dem 2. Mai 1977 arbeiten in der PTB ein Dipl.-Psychologe und ein Dipl.-Sozialpädagoge hauptamtlich mit. Sie sind im Rahmen der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit vorläufig für ein halbes Jahr eingesetzt worden und erhalten volles Gehalt.

Ab 1. Juli 1977 wird in der PTB die zweite Planstelle besetzt. Das Auswahlverfahren ist bereits abgeschlossen.

Als Maßnahme zur prophylaktischen Arbeit mit Studenten bereitet die PTB Bremen Aktivitäten zur Betreuung von Wohnheimbewohnern vor. Dazu ist auch eine Zusammenarbeit mit der Wohnheimverwaltung und anderen betroffenen Stellen eingeleitet worden. Falls zu diesem Arbeitsbereich Material und Erfahrungsberichte vorliegen, wären die Mitarbeiter über Informationen aus anderen Beratungsstellen dankbar.

Nächste Tagung der Arbeitsgemeinschaft vom 22. September 1977 bis 24. September 1977 in Tübingen. Das Info 3 wird die vorbereitenden Papiere enthalten. Bei Interesse für einen der Workshops bitte recht bald Kontakt mit dem jeweiligen Moderator aufnehmen (siehe Artikel über die Tagung in Bochum).

Protest gegen Einschränkung der Durchlässigkeit im Hochschulbereich

Anlässlich einer Tagung der Studienberater in Dortmund am 20. 4. 1977 haben die dort anwesenden Studienberater in einem Schreiben an den Präsidenten der Kultusministerkonferenz, den Hessischen Kultusminister Hans Krollmann, auf die Probleme der zum Wintersemester 1977/78 greifenden Zweitstudiengänge hingewiesen.

Mit der einschneidenden Neuregelung, daß künftig die Bewerbungschancen von Bewerbern mit abgeschlossenem Hochschulstudium für ein Zweitstudium erheblich eingeschränkt werden, erfolgt eine einschneidende Schlechterstellung für alle diejenigen Bewerber, die erst durch den erfolgreichen Abschluß eines Hochschulstudiums die allgemeine Hochschulreife erworben (z.B. Fachhochschulabsolventen und Absolventen von Pädagogischen Hochschulen, die durch die Begabtensonderprüfung Zugang zur PH gefunden haben).

Die anlässlich einer Tagung am 20. April 1977 in Dortmund versammelten Studienberater möchten auf die diesbezüglich gemachten Erfahrungen in der Studienberatung hinweisen. Mit der einschneidenden Neuregelung werden für diesen Personenkreis die Möglichkeiten der Durchlässigkeit zwischen unterschiedlich angelegten Hochschultypen und die damit verbundenen Bildungschancen in einem nicht zu vertretenden Maß beschnitten und damit eine größere Studienflexibilität in einem Hochschulbereich vermindert. Die Beratungspraxis zeigt immer wieder, daß bei einem großen Teil dieser Hochschulabsolventen der Wunsch, nach einem praxisorientierten Studium weiterqualifizierende Studien zu betreiben, nicht auch zuletzt auf dem Hintergrund der gegenwärtigen Berufsmarktsituation zu sehen ist.

Die in Dortmund anwesenden Studienberater sehen in dieser Maßnahme eine bildungspolitisch nicht aufrechtzuerhaltende Restriktion und plädieren grundsätzlich für eine Durchlässigkeit zu den verschiedenen Hochschultypen.

Liebe Kollegen,

wir stellen sehr häufig fest, daß alle existierenden Listen der Beratungsstellen in der Bundesrepublik und in Westberlin unvollständig oder schlicht falsch sind. Es ist daher enorm schwierig, sich ein einigermaßen korrektes Bild der Studentenberatung zu machen.

Aus diesem Grund haben wir den Fragebogen erstellt, dessen Ergebnisse allen uns bekannten Studentenberatungseinrichtungen zugeschickt werden.

Unser Ziel, ein authentisches Bild über die aktuelle Beratungssituation zu bekommen, ist natürlich nur realisierbar, wenn a l l e Beratungseinrichtungen den Bogen zurückschicken. Es wäre wirklich schön.....!

FRAGEBOGEN ZUR SITUATION DER STUDENTENBERATUNG IN DER BUNDESREPUBLIK UND WESTBERLIN

1. Fragen zur Institution

1.1 Vollständige Adresse, Telefon

1.2 Art der Anbindung an den Träger/Beschreibung des Trägers(Klinik/Studentenwerk/Universität.....)

1.3 Art der Stelle(Studienberatung/Modellversuch mit Befristung/Psychotherapeutische Stelle.....)

1.4 Struktur der Stelle(hierarchisch/kollegial organisiert.)

1.5 Kontrolle der Arbeit(durch besondere Gremien/Patienten/Fachaufsicht)

1.6 Kreis der Benutzer(Studenten/Schüler/Uni-Angehörige.....)

1.7 Haushaltsumfang der Stelle(Personal- und Sachmittel)

1.8 Kosten der Beratung/Behandlung für die Ratsuchenden

2. Fragen zu den Mitarbeitern

2.1 Anzahl und Art der Stellen (Gehaltsgruppe/Berufsgruppe/
Planstellen/befristete Verträge.....)

2.2 Namen der Mitarbeiter(wenn möglich zusammen mit 2.3/4)

2.3 Zusatzausbildungen bzw methodischer Ansatz der Mitarbeiter

2.4 Mitgliedschaften in Berufsverbänden/Therapiegesellschaften/Gewerkschaften

3. Fragen zum Charakter der Tätigkeit

3.1 Kurzbeschreibung der Schwerpunkte der Arbeit

3.2 Anteile der Schwerpunkte zueinander(Z.B.:Diagnostik/
Atteste : Psychotherapie :Studienberatung :Pharmakotherapie : Forschung : Literaturstudium : Verwaltungsaufgaben :in geschätzten %-Angaben)

3.3 Arbeit außerhalb der Stelle(Im Unibereich/in Schulen/
im Wohnheimbereich.....)

4. Fragen zur Kooperation

4.1 Kooperation mit anderen Beratungs-/Gesundheitseinrichtungen (z.B. Kliniken/Arbeitsämter/Erziehungsbertungsstellen.....)

4.2 Kooperation mit der Studentenschaft(Asta/Fachschaften/ einzelne Gruppen)

4.3 Kooperation mit der Universität (Verwaltung/Lehrkörper/ Abteilungen/besonderen Gremien.....)

4.4 Kooperation mit Ministerien usw.

5. Frage zur Kapazität

Anzahl der Kontakte total/je Patient.....pro Jahr
und andere zentrale Daten

6. Fragen zur Zukunft der Beratungsstellen

Was ist vordringlich zu verändern? Was ist besonders zu wünschen? Was ist an der gegenwärtigen Situation besonders erhaltenswert?.....sonst noch wichtig?

Bestellung

An das Zentrale Büro für Studienberatung (ZBS)
in Universität Bremen
Postfach 330 440
2800 Bremen 33

Das Info wird zunächst kostenfrei geliefert. Sollte diese Vertriebsform auf Dauer nicht durchzuhalten sein, so würden nach Vorankündigung die Selbstkosten in Rechnung gestellt.

Ich bin bzw. wir sind*)

☐ am weiteren Bezug des Infos interessiert und möchten in den Verteiler mit _____ Exemplaren aufgenommen werden.

☐ an der Mitarbeit in der Arbeitsgemeinschaft der Studentenberater in der BRD und Berlin (West) interessiert und möchte zu den Fachtagungen eingeladen werden.

Ort und Datum

Unterschrift

Adresse (bitte in Maschinenschrift):

*) Bitte Zutreffendes ankreuzen. Wenn mehrere Personen einer Beratungsstelle interessiert sind, bitte eine Kontaktadresse (Postersparnis) und ggfls. Anzahl der Exemplare angeben.